

FRONTEX

muss Menschenrechte achten

Am 15. Mai 2022 wird sich die Schweizer Stimmbevölkerung zur Erhöhung des Bundeskredits zugunsten von Frontex äussern. Die Kritiker prangern unter anderem die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen vonseiten der Agentur Frontex an den Grenzen des Schengenraums an. Die Befürworter unterstreichen deren Nutzen. *Unser Fokus.*

BILD: Eurotunnel Calais (@ACAT-Schweiz)



Das Referendum

Im Oktober 2021 beschloss das Schweizer Parlament, der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex mehr finanzielle Mittel zu gewähren. Der jährliche Beitrag erhöht sich so von **14 auf 61 Millionen Franken** bis 2027, wobei der Verteilschlüssel unter den Staaten unverändert bleibt. Als Reaktion auf diese Erhöhung haben Migrantenschutz-Organisationen das Referendum ergriffen mit dem Argument, die Schweiz könne nicht Komplizin der Menschenrechtsverletzungen durch die europäische Agentur sein. Das Stimmvolk wird am 15. Mai über diesen finanziellen Beitrag abstimmen.

Die Agentur Frontex

Frontex wurde 2004 geschaffen mit dem Hauptauftrag, die EU-Mitgliedstaaten und die assoziierten Länder – darunter die Schweiz – bei der **Kontrolle der Migration an den Schengen-Aussengrenzen** zu unterstützen. Das heisst: Rückführung von MigrantInnen ohne regulären Status, Planung und Durchführung von Ausschaffungen, Modernisierung und Ausbildung lokaler Grenzschutzstellen und Ausarbeitung von Risikoanalysen, aber auch Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität.



Die Finanzierung ... und deren Aufstockung

Frontex wird aus dem Budget der Europäischen Union (EU) sowie der Schengen-assozierten Staaten finanziert. Die **EU hat ihren Beitrag und das zur Verfügung gestellte Personal 2019 erhöht**, um die Kontrollen an den Schengen-Aussengrenzen zu verstärken und so die **Migrationsrouten**, vor allem in Ost- und Südosteuropa sowie im Mittelmeer, zu **unterbrechen**. Hierzu sehen die europäischen Staaten bis 2027 ein Kontingent von 10 000 Männern und Frauen vor (aktuell 1400). Die Schweiz wird ihrerseits rund 40 GrenzwächterInnen beisteuern, gegenüber aktuell sechs.

Schweizer Beitrag zur Erweiterung von Frontex

DIE ARGUMENTE DAFÜR

Im Fall einer Ablehnung besteht das Risiko, dass die Schweiz die Dienste von Frontex nicht mehr in Anspruch nehmen kann. Dies würde sich vor allem im Bereich der Rückführungen bemerkbar machen, zum Beispiel bezüglich Identifikation, Beschaffung von Dokumenten und Finanzierung von Charterflügen. Die Schweiz nimmt Frontex auch beim Einsatz gegen Kriminelle, Terroristen und den Schwarzmarkt in Anspruch.

Im schlimmsten Fall könnte die Schweiz gezwungen sein, aus den Abkommen von Schengen und Dublin auszutreten, was folgende Konsequenzen hätte:

- Die Polizei hätte keinen Zugriff mehr auf das Fahndungssystem SIS und auf die anderen Informationssysteme von Schengen und Dublin.
- Die Schweiz müsste Asylgesuche, die von einem europäischen Land abgewiesen worden sind, erneut prüfen.
- Schweizer BürgerInnen müssten sich wieder Grenzkontrollen unterziehen, und in der Schweiz wohnhafte AusländerInnen aussereuropäischer Herkunft bräuchten erneut Visa, um in Europa zu reisen.
- Reisende aus Asien müssten wiederum ein Visum beantragen, um in die Schweiz einzureisen.

Schliesslich drohen sich die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU weiter zu verschlechtern, wohingegen die Zusammenarbeit im Bereich von Frontex gut funktioniert.

DIE ARGUMENTE DAGEGEN

Frontex ist vielfach für die **gewaltsame Abschiebung von Flüchtlingen** verantwortlich gemacht worden. Manchen wurde unter Missachtung ihres Rechts auf Schutz vor Verfolgung die Möglichkeit verwehrt, ein Asylgesuch zu stellen. Frontex wird vorgeworfen, **Missbräuche nationaler Polizeibehörden zu decken** oder sich aktiv daran zu beteiligen, insbesondere entlang der Balkanroute.

Auch ist Frontex zunehmend in Drittstaaten tätig und **arbeitet insbesondere mit der libyschen Küstenwache zusammen**. Diese ist jedoch dafür bekannt, die Boote von MigrantInnen aufzuspüren und die Menschen zwangsweise nach Libyen zurückzuschaffen, wo sie meist unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten und gefoltert werden.

Mit einer nie dagewesenen Erhöhung des Personalbestands **gleicht Europa je länger je mehr einer Festung**. Faktisch würde Frontex zum Grenzschutz von Schengen, was den Zugang zum Asylverfahren noch schwieriger macht.

Die Menschenrechtsverletzungen, die Frontex begeht oder begehen lässt, **stellen die Werte der EU und die ihnen zugrunde liegenden Prinzipien in Frage**. Das trifft auch für die Schweiz zu, die mit ihrer finanziellen und personellen Beteiligung die Einsätze der Agentur mitträgt.

Last but not least wird Frontex sogar EU-intern für ihre **schlechte Haushaltsführung** kritisiert.

Unsere Abstimmungsempfehlung

Der Vorstand von ACAT-Schweiz stellt den Mehrwert der Personenfreizügigkeit sowie der anderen Dienstleistungen des Schengen-Systems, wie auch die Notwendigkeit einer Kontrolle der Aussengrenzen nicht in Frage. **Die Verletzungen des Asylrechts und die brutale Rückweisung von MigrantInnen** durch Grenzbeamte mancher Länder und manchmal direkt durch Frontex-Beamte sind jedoch **inakzeptabel**. Die Schweiz ist eines der sehr wenigen Länder, wo die Bevölkerung sich zu diesen schwierigen Fragen äussern kann. Es bietet sich also Gelegenheit, die Grundrechte von MigrantInnen und insbesondere das Non-Refoulement-Prinzip zu bekräftigen und warnend auf Missstände von Frontex hinzuweisen. Es muss klar gesagt werden, dass wir unsere Sicherheit nicht auf Kosten von Menschenrechtsverletzungen kaufen können.



Abstimmung
vom 15. Mai 2022

Aus diesen Gründen
empfiehlt der Vorstand von ACAT-Schweiz

NEIN

zur Beteiligung der Schweiz
am Ausbau von Frontex zu stimmen.